



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Woche besuchte eine Gruppe von jungen Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) leisten, den Deutschen Bundestag und baten auch mich in eine Gesprächsrunde. Hier war der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM) für die Seminare verantwortlich, die den FSJlern in ihrer Dienstzeit angeboten werden.

Das Interesse an der üblicherweise diskutierten Arbeitsweise des Deutschen Bundestages, und dessen Strukturen wurde diesmal völlig zurück gestellt. Über das uns alle in Deutschland so bewegende Thema FLÜCHTLINGE wollten die jungen Leute mit mir diskutieren. Sehr erfreulich, wenngleich ich z.Zt. manchmal froh bin, über andere Sachverhalte sprechen zu können.

Und dann ging die Diskussion in medias res: Fluchtursachen, Unterschiedlichkeit der Fluchtgründe, Verschiedenartigkeit der Notlagen und auch verzweifelte Versuche der Flüchtlinge, auf irgendeine Weise in unser Asylsystem zu kommen. Wir sprachen über das deutsche Asylrecht und die Notwendigkeit der unterschiedlichen Behandlung von Armutsmigranten im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen und Verfolgten, von Folter und Tod bedrohten Flüchtlingen.

Ich konnte dabei sehr nachdrücklich und anschaulich über meine Erfahrungen mit Flüchtlingen, mit deutschen Helfern, mit den unterdessen sich in unserem Lande polarisierenden Einstellungen der Menschen gegenüber den Flüchtlingen und unserer Hilfe, auch der Politiker im DBT, berichten.

Ich halte es für notwendig und außerordentlich hilfreich, wenn junge Menschen so offen und kontrovers über ein so außerordentliches, bedeutsames und aktuelles Problem diskutieren können und dabei auch vermittelt bekommen, dass es sich jetzt viel mehr um Integration sowie logistische und materielle Herausforderungen handelt als um eine Entscheidung über unsere Grundwerte (Frau Merkel: „Dann ist das nicht mehr mein Deutschland“).

Es wurde aus meiner Erfahrung eine sehr gute Stunde. Mich beglückte die Offenheit, die Orientierungssuche, die Einsatzbereitschaft für

hilfsbedürftige Menschen, die vor unseren Türen ankommen, sehr. Vielleicht ist dies nicht so verwunderlich, waren es doch alles junge Menschen, die auf der Suche nach ihrem Lebenssinn und Selbstverwirklichung suchen und sich freiwillig für ein solches Dienstjahr entschieden hatten. Zum Abschluss konnte ich dankbar feststellen, dass diese Stunde eine „Initialzündung“ auslöste: Sie kamen gleich auf die Idee, dass die „Tafeln“ (Bundesverband Deutsche Tafel e.V.), an denen sie alle ihren Dienst ableisten, eine sehr gute Möglichkeit wären, dass Deutsche und Flüchtlinge sich kennenlernen, Berührungsängste abbauen können, Kontakte über den gemeinsamen Mittagstisch hinaus knüpfen können.

Eine angenehme Lektüre wünsche ich Ihnen.

Ihr



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr



Im Büro nahm ich mir für meine Mitarbeiter zum Einläuten des Karnevalsbeginns Zeit. (von links: Herr Kysliak, Frau Dr. Blömer, Herr Uwer).

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht

... sagt ein altes deutsches Sprichwort, immer, wenn es ganz aufgeregt wird.

Ich denke dauernd an dieses Wort, wenn ich die Aufgeregtheit, die aufwallenden Gefühle, wachsenden Ängste, zunehmende Diffamierung von Flüchtlingen bzw. deren Fluchtmotiven, erlebe; auch, das ist nicht unbekannt geblieben, unter meinen Kollegen im Deutschen Bundestag. Diese Reaktionen sind vielleicht mit den großen Herausforderungen, vor die uns der anhaltende Andrang von Flüchtlingen in unser Land stellt, zu erklären. Und wir Abgeordnete erhalten eine Vielzahl von Bitten, Vorwürfen, auch Beschimpfungen, mit der Intention, eine „ungebremste Flüchtlingsaufnahme“ nun endlich zu stoppen. Hier kann nur eine möglichst unaufgeregte und schon gar nicht von Angst bestimmte Betrachtung helfen. Darum bemühe ich mich seit längerem und komme zu folgender Feststellung:

Deutschland ist durch die vielen Flüchtlinge nicht an die Grenze der Aufnahme-fähigkeit gelangt. Wer will dies angesichts der Flüchtlingszahlen in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, aber auch in Griechenland ernsthaft behaupten, gerade im Vergleich der materiellen Situation dieser Länder mit Deutschland?

Aber wir kommen immer mehr in eine mentale Krise, die uns Entscheidungen abfordert, wie viel wir von unserem Volksvermögen (Steuereinnahmen und damit öffentliche soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit), von unseren gewohnten Lebensmilieus,

vielleicht auch unserer inneren Sicherheit, einsetzen bzw. wagen wollen. Oder eben, wie viel von all Diesem wir gegenüber den Bedürfnissen und vielleicht auch wachsenden Ansprüchen von Fremden in unserem Lande sichern wollen. Das sind wirklich entscheidende, schwergewichtige Fragen. Daneben gibt es tatsächlich auch große Organisationsprobleme, Führungsprobleme, Koordinierungsbedarf. Und nicht nur im Austausch mit Bürgerinnen; quer durch die Fraktion und wenn ich es richtig sehe auch durch andere Fraktionen wächst der Konflikt. Die einen (und in meiner Wahrnehmung eine wachsende, gefühlt inzwischen mehrheitliche Gruppe) sagt: „Es ist genug. Wir wollen helfen, wir haben unsere Bereitschaft gezeigt. Mehr können wir nicht.“ Die andere, zumindest in der Fraktion scheinbar kleiner werdende Gruppe sagt: „Wir haben genug Ressourcen, um Menschen in Not, die in unser Land kommen und auf unsere Hilfsbereitschaft vertrauen, auch zu helfen.“

Die Diskussionen und die diskutierten Entscheidungen bzw. Lösungen führen immer mehr zu der Grundfrage und Grundentscheidung, wer wir sind: Wer wollen wir sein, wie wollen wir miteinander als Menschen umgehen? Was sind uns unsere bisher proklamierten Werte tatsächlich wert?

So halte ich, neben allen Verwerfungen, Gefahren und Anstrengungen, diese Krise für hilfreich. Sie gibt uns die Chance uns selbst weiter zu entwickeln - als Einzelne, in Deutschland, in der Gemeinschaft europäischer Staaten. Wir können in unserem Zusammenleben ein größeres Maß an Humanität mutig erproben

und unsere Gefangenheit in Materiellem aufbrechen in eine Lebensqualität, die uns einen Sinn für unser Dasein jenseits materieller Bedürfnisse schenken könnte.

Europa verwirklicht in konzertierter Aktion, alle einschlägigen Erfahrungen und Probleme einbeziehend, einen Masterplan für Afrika. Eine ganz blauäugige Utopie - oder ein Programm, das uns mehr Gemeinschaft erleben, mehr Lebenssinn, mehr Motivation und Produktivität, schließlich sogar mehr Glück schenken könnte!

Sorgen wir nicht in Deutschland mit Selbstverständlichkeit für die sozial Schwächeren, für einheitliche Lebensverhältnisse in unserem Lande?

Wie können wir dann vor der Not der Menschen in anderen Völkern die Augen und Herzen verschließen, sie - wie mitunter auch in Deutschland vorgehalten - ihre Not als selbstverschuldet bezeichnen? Endet unsere Verantwortlichkeit an den Grenzen unseres Volkes? Angesichts der Not und des Entwicklungsbedarfs in der Welt: sind die kleinen Beiträge zur Weltentwicklungshilfe tatsächlich ausreichend, um wirkliche Veränderungen zu bewegen?

Die Unterscheidung der Geister tut uns in Deutschland jetzt dringend Not. Und der Gedanke eines der letzten Päpste: „Gerechtigkeit ist das neue Wort für Frieden.“

Wenn uns nicht die Liebe zu unseren Mitmenschen zu neuen Ufern unseres Fühlens und Handelns bewegt, dann zumindest aber die Angst und Sorge vor Kriegen, die auch uns erreichen werden, wenn wir nicht handeln.